

# „Ausnahmen beim Mindestlohn“

## Meinungsaustausch zwischen landwirtschaftlichen Vertretern und Mandatsträgern

**Straubing-Bogen.** (eam) Mindestlohn und die Bewässerung für Lebensmittelproduktion nahmen breiten Raum beim alljährlich stattfindenden Meinungsaustausch zwischen landwirtschaftlichen Vertretern und den örtlichen Mandatsträgern ein. Eine Reihe an Politikern nahmen sich der Themen des Verbandes für Fachbildung (vlf) und des Bayerischen Bauernverbandes (BBV) auf dem Betrieb von Familie Stangl in Freundorf bei Bogen an. Aber auch Themen, wie die Pflichtbrache in der EU und in Deutschland, oder auch Regionalvermarktung, kamen zur Sprache.

Betriebsleiter Konrad Stangl stellte den anwesenden Politikern, MdB Alois Rainer (CSU), MdB Erhard Grundl (Die Grünen), MdL Josef Zellmeier (CSU), MdL Hans Ritt (CSU) und Landrat Josef Laumer (CSU), den Gemüsebaubetrieb, für den seine Eltern die Grundlagen gelegt hatten, in einem Rundgang vor. Ohne Bewässerung werde es auf lange Sicht keinen Gemüseanbau in der Region mehr geben, wies Stangl auf eines der Probleme hin. Die Bewässerung sei umfassenden Auflagen unterworfen, die die Landwirtschaft auch erfülle, es müsse ein umfassendes Bewässerungstagebuch geführt werden. Stangl vermutet, dass diese Daten bei der Genehmigung neuer Brunnen nicht berücksichtigt werden.

Die Auseinandersetzung ums Wasser habe längst begonnen, stellte Franz Lehner fest, die Lebensmittelproduktion müsse berücksichtigt werden. Konrad Stangl beklagte den Mindestlohn für Ernte-

helfer, der innerhalb eines dreiviertel Jahres dreimal angehoben wurde. Die osteuropäischen Erntehelfer verdienen ein Vielfaches als in ihrem Heimatland, so Stangl und forderte für die Landwirtschaft Ausnahmen. Wenn der Mindestlohn ansteige, könne dies nicht mehr aufgefangen werden und der personalintensive Gemüseanbau werde sich ins Ausland verlagern, erläuterte Stangl die Zusammenhänge.

### *Grundl: Nicht gegen Regierungsmeinung stellen*

Er werde sich bei diesem Thema nicht gegen die Regierungsmeinung stellen, stellte Erhard Grundl unmissverständlich fest. Es heiße immer, die Politik greife nicht in die Märkte ein, die Erhöhung des Mindestlohns sei für sein Empfinden aber ein Eingreifen, stellte Josef Peringer fest. Außerdem wurden mit

Hilfe der Politik große Konzerne geschaffen, denen die Landwirtschaft ausgeliefert ist.

Josef Groß, Geschäftsführer des vlf, brachte das Thema Regionalvermarktung ins Spiel, auch für Gemeinschaftsverpflegungen oder kommunale Einrichtungen. Man sei dabei, etwas auf den Weg zu bringen, bestätigte Landrat Laumer.

Die Praxis vermisste, dass bei politischen Entscheidungen, die die Landwirtschaft betreffen, Fachstellen, wie die Landesanstalt für Landwirtschaft, nicht gehört werden. So geschehen beim Thema Pflichtbrache. Die EU möchte vier Prozent der landwirtschaftlichen Flächen stilllegen. Aufgrund der prekären Ernährungssituation ist aber damit rechnen, dass dies zumindest ein Jahr ausgesetzt werde. Die Entscheidung solle bei den Ländern liegen und Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir wer-

de möglicherweise auf der Stilllegung beharren, wie deutlich wurde. Erhard Grundl versprach, dass er versuche einen Termin mit einer Staatssekretärin des Bundeslandwirtschaftsministeriums zu vereinbaren und die Vorsitzenden des vlf und BBV dazu einzuladen, um speziell die Thematik Pflichtbrache zu besprechen.

Es könne nicht sein, dass top ausgebildete Landwirte – viele verfügen über den Meisterbrief oder eine höherwertige Ausbildung – eine ständig steigende Gesetzesflut beachten müssen, wie den Praktikern sauer aufstieß. Josef Groß informierte über die neuesten Ausbildungszahlen, für das Berufsgrundschuljahr sind 26 SchülerInnen angemeldet und damit stabil. Allerdings sei auffällig, und damit folge man dem bayernweiten Trend, dass rund ein Drittel der Auszubildenden keinen eigenen Betrieb haben.



Betriebsleiter Konrad Stangl (6. von links) stellte den Gemüsebaubetrieb vor. Im Gespräch erörterten die Praktiker mit den Politikern landwirtschaftliche Probleme.